

«Im Volk wird gemunkelt»

«Nicht nur dem Löwen auf den Schwanz getreten»

Am Montag wurde auf der Wiler Stadtkanzlei das Referendum «Mehr-
zweckhaus Sonnenhof» mit weit mehr als den notwendigen 492 Unter-
schriften deponiert. Der Umbau des zweigeschossigen «Löwenbräu»-
Garagentraktes an der Haldenstrasse 14 in eine Begegnungsstätte für den
Kultur-Löwen und andere Vereine soll doch vors Volk. Dem Referendums-
komitee, angeführt vom ehemaligen CVP-Kantonsrat und Grossratsprä-
sidenten Josef Bürge, geht es darum, dass der Parlamentsentscheid vom
Volksentscheid abgelöst wird. Und wer das Wiler Stimmvolk kennt weiss,
dass ein Kredit von runden 500 000 Franken kaum eine Chance haben
wird, bewilligt zu werden.

Mit diesem Referendum aber wird nicht nur dem Kultur-Löwen auf den
Schwanz getreten. Fast jeder Wiler kennt die Probleme mit öffentlichen
Lokalitäten, die zur freien Benützung angeboten werden. Weder die Ton-
halle noch das Pfarreizentrum können längerfristige Institutionen – Aus-
stellungen, Workshops, Ateliers usw. verkraften. Wil braucht also unbe-
dingt ein «Mehrzweckhaus». Und für weniger als eben diese 500 000
Franken wird kaum jemals ein Projekt in dieser Richtung realisiert
werden.

Als der Kultur-Löwe mit dem Umbau Löwenbräu-Garagen an die Stadt
trat, wurde von einem Kredit von 150 000 Franken gesprochen. Unser
Stadtammann aber wollte sich mit dieser Summe keineswegs «zufrieden»
geben. Seinen Aktivitäten ist es zu verdanken, dass nach Absprachen mit
verschiedenen Vereinen und Organisationen ein Umbau – die Wünsche der
regulären Institutionen mussten natürlich berücksichtigt werden – über
die Halbmillionen-Grenze kletterte. Und als das Wiler Gemeindeparla-
ment gar die Zustimmung zum «Mehrzweckhaus Sonnenhof» gab, schien
die Welt in Ordnung.

Aber weit gefehlt. Das Referendums-Komitee will noch mehr öffentliche
Gelder «in den Wind schiessen». Dass nämlich eine Abstimmung niemals
gratis ist, weiss schliesslich jedes Kind. Alleine die Ausarbeitung der Vor-
lage, der Projektbeschrieb, der ganze Papierkram, die Auswertung usw.
verschlingen an die 50 000 Franken. Und bei einem Nein durch den
Souverän geht die «kostengünstige» Suche nach einem neuen Standort
von neuem los.

Was hier in Wil getrieben wird, darf kurz als «Schindluderei» bezeichnet
werden. Dem Bürger will immer noch klar gemacht werden, dass die Mit-
glieder des Kultur-Löwen den Garagentrakt für sich alleine in Anspruch
nehmen werden. Dass aber über 70% der Belegungszeit für «jedermann»
offen steht, darüber schweigen sich die «Unterschriftensammler» aus.

Wil darf sich also mit einem «Nonsens» mehr in die Chronik der Stadt
einschreiben lassen. Steuergelder – dies zeigte ja der letzte Geschäfts-
bericht der Aebtestadt – stehen ja mehr als genug zur Verfügung. «Und
s' Geld muäss halt under d'Lüüt, ghauä oder gschtöchä».

-TS

Referendum gegen die «Kulturgarage»

HANS RUEDI GUT

Wil

Wie gestern bekannt wurde, ist gegen den vom Wiler Gemeindeparkament genehmigten Umbau des zweigeschossigen Garagetraktes an der Haldenstrasse in ein «Mehrzweckhaus Sonnenhof» das Referendum ergriffen worden. Am Montag wurden mehr als die benötigten 492 Unterschriften gegen das Vorhaben auf der Stadtkanzlei abgegeben. Die Referendumsfrist läuft erst am 8. April ab.

Laut einem Bericht im «Neuen Wiler Tagblatt» habe sich ein Referendumskomitee gebildet, das vom früheren CVP-Kantonsrat und Grossratspräsidenten Josef Bürge angeführt werde. Die erforderliche Zahl von 492 Unterschriften sei «weit übertroffen» worden.

Das Referendum gehe laut Bürge zurück auf eine überparteiliche «Stamm-

tischidee». Es sei nicht gegen die Stadtbehörde gerichtet, sondern «gegen ein Parlament, das an der Bevölkerungsmeinung vorbeipolitisiert». Bürge sei sich aber bewusst, «dass die Parlamentarier einen schweren Stand gehabt» hätten. Er sei selbst 16 Jahre Kantonsrat gewesen und kenne die Schwierigkeiten eines Parlamentariers, gegen die eigene Behörde anzutreten. Aus dem Bericht geht weiter hervor, dass Josef Bürge als Wortführer des Referendumskomitees die entscheidende Parlamentsdebatte vom 5. März selbst gar nicht mitverfolgt hat.

«Vorwurf ungerechtfertigt»

Parlamentspräsident Albin Böhi, ebenfalls CVP, zeigte sich gestern in einem Gespräch mit dem «St.Galler Tagblatt» enttäuscht über das Vorgehen und die Argumentation des ehemaligen Grossratspräsidenten; «vor allem wenn man berücksichtigt, dass er der Verhandlung nicht beigewohnt und nicht mal zugehört hat, wie sich das Parlament seine Meinung bildete».

Wenn man die Vorlage isoliert betrachte, könne man vielleicht noch begreifen, dass das Referendum ergriffen worden sei. Im Zusammenhang des demokratischen Parlamentsentscheides sei es aber unverständlich, meint Böhi. «Das Parlament hat fundiert und wohlüberlegt ja gesagt.»

«Relativ gelassen»

An der Fraktionssitzung der CVP habe man die Nachricht «relativ gelassen» zur Kenntnis genommen, erklärte CVP-Fraktionspräsident Franzruedi Fäh dem «St.Galler Tagblatt». Fäh räumte ein, sowohl Partei als auch Fraktion hätten einen «Wandel zugunsten neuer, junger Kulturinteressen» durchmachen müssen. Nach diesem «Läuterungsprozess» stünden aber Parteivorstand und Fraktion geschlossen hinter der «Mehrzweckhaus»-Vorlage. Unabhängig vom Anliegen der «Kulturlöwen» sei die Vorlage richtig. «Etwas schnell Realisierbares tut not».

Neue Erfahrung

Im ganzen Verfahren habe die CVP indessen auch die neue Erfahrung gemacht, dass die Behörde die drei Kultur-Vorstösse von FDP, prowil und SP «sehr ernst genommen und wortgetreu schnell gehandelt hat». Das sei an sich begrüssenswert. Als Partei habe man daraus jedoch die Lehre gezogen, Vorstösse künftig sehr genau unter die Lupe zu nehmen, bevor sie überwiesen würden.

Nach Auskunft von Stadtschreiber Christoph Häne dürfte das Referendum die Verwirklichung des «Mehrzweckgebäudes Sonnenhof» um mindestens ein halbes Jahr verzögern: Bis 8. April läuft noch die Referendumsfrist. Dann müssen die Unterschriften beglaubigt und das Referendum vom Stadtrat als zustandegekommen erklärt werden. Erst danach könne man einen Abstimmungstermin festlegen. Wenn man diese Abstimmung zusammen mit einer eidgenössischen Volksabstimmung durchführen wolle, müsse man mindestens bis Dezember auf den nächsten Termin warten. Wenn der Stadtrat einen speziellen Termin festlegen wolle, kämen Juni oder September in Frage, erläuterte Häne gestern. Franzruedi Fäh befürchtet darüber hinaus angesichts der bevorstehenden Abstimmungen über Hof und Stadtsaal eine Häufung von «Kulturvorlagen», die dem Geschäft abträglich sein könnte. In einem möglichen Abstimmungskampf würden sich die CVP-Fraktion und der Parteivorstand aber voll und ganz für den Kulturstall einsetzen», versichert Fäh.

«Im Volk wird gemunkelt» «Nicht nur dem Löwen auf den Schwanz getreten»

Am Montag wurde auf der Wiler Stadtkanzlei das Referendum «Mehrzweckhaus Sonnenhof» mit weit mehr als den notwendigen 492 Unterschriften deponiert. Der Umbau des zweigeschossigen «Löwenbräu»-Garagentrakes an der Haldenstrasse 14 in eine Begegnungsstätte für den Kultur-Löwen und andere Vereine soll doch vors Volk. Dem Referendumskomitee, angeführt vom ehemaligen CVP-Kantonsrat und Grossratspräsidenten Josef Bürge, geht es darum, dass der Parlamentsentscheid vom Volksentscheid abgelöst wird. Und wer das Wiler Stimmvolk kennt weiss, dass ein Kredit von runden 500'000 Franken kaum eine Chance haben wird, bewilligt zu werden.

Mit diesem Referendum aber wird nicht nur dem Kultur-Löwen auf den Schwanz getreten. Fast jeder Wiler kennt die Probleme mit öffentlichen Lokaltäten, die zur freien Benützung angeboten werden. Weder die Tonhalle noch das Pfarreizentrum können längerfristige Institutionen – Ausstellungen, Workshops, Ateliers usw. verkraften. Will braucht also unbedingt ein «Mehrzweckhaus». Und für weniger als eben diese 500'000 Franken wird kaum jemals ein Projekt in dieser Richtung realisiert werden.

Als der Kultur-Löwe mit dem Umbau Löwenbräu-Garagen an die Stadt trat, wurde von einem Kredit von 150'000 Franken gesprochen. Unser Stadtmann aber wollte sich mit dieser Summe keineswegs «zufrieden» geben. Seinen Aktivitäten ist es zu verdanken, dass nach Absprachen mit verschiedenen Vereinen und Organisationen ein Umbau – die Wünsche der regulären Institutionen mussten natürlich berücksichtigt werden – über die Halbmillionen-Grenze kletterte. Und als das Wiler Gemeindeparlament gar die Zustimmung zum «Mehrzweckhaus Sonnenhof» gab, schien die Welt in Ordnung.

Aber weit gefehlt. Das Referendums-Komitee will noch mehr öffentliche Gelder «in den Wind schiessen». Dass nämlich eine Abstimmung niemals gratis ist, weiss schliesslich jedes Kind. Alleine die Ausarbeitung der Vorlage, der Projektbeschreibung, der ganze Papierkram, die Auswertung usw. verschlingen an die 50'000 Franken. Und bei einem Nein durch den Souverän geht die «kostengünstige» Suche nach einem neuen Standort von neuem los.

Was hier in Wil getrieben wird, darf kurz als «Schindluderei» bezeichnet werden. Dem Bürger will immer noch klar gemacht werden, dass die Mitglieder des Kultur-Löwen den Garagentrakt für sich alleine in Anspruch nehmen werden. Dass aber über 70% der Belegungszeit für «jedermann» offen steht, darüber schweigen sich die «Unterschriftensammler» aus. Wil darf sich also mit einem «Nonsens» mehr in die Chronik der Stadt einschreiben lassen. Steuergelder – dies zeigte ja der letzte Geschäftsbericht der Aebtestadt – stehen ja mehr als genug zur Verfügung. «Und s'Geld müass halt under d'Lüüt, ghauä oder gschochä».

-TS

«Nicht nur dem Löwen auf den Schwanz getreten» —

WD 9.4.87

Eine Antwort des Referendumskomitees

Herr -TS bezeichnet in der letzten Ausgabe der «Wiler Nachrichten» die Ergründung des Referendums gegen das Mehrzweckhaus «Sonnenhof» als «Schindluderei», die den Steuerzahler Fr. 50'000.— kosten werde. Im gleichen Atemzug verkündet er (Zitat): «Steuergelder stehen ja mehr als genug zur Verfügung.» Gemeint sind die Ausgaben für den Umbau der Löwenbräu-Garage in einen Mehrzweckbau im Betrage von Fr. 543'700.—.

Das Referendumskomitee betrachtet diesen Artikel in mehr als einer Hinsicht bedenklich. — Unser Land ist ja, was die Staatsform betrifft, eine Referendumsdemokratie, in der jeder Stimmbürger das gute Recht hat, das Referendum zu ergreifen, vor allem dann, wenn es gilt, eine umstrittene Vorlage einer Volksabstimmung zu unterbreiten. Von diesem Recht hat unser Komitee Gebrauch gemacht. Uns daraus einen Vorwurf zu machen oder gar von «Schindluderei» zu schreiben, ist absurd. Von kompetenter Seite wird uns überdies bestätigt, dass eine Abstimmung auf höchstens Fr. 10'000.— bis 15'000.— zu stehen komme. Diese Frage ist allerdings von untergeordneter Bedeutung, wenn es darum geht, ein Volksrecht auszuüben.

Die zweite Aussage des Artikelschreibers, es stehe ja genügend Geld zur Verfügung, ist schwerwiegender. Sie offenbart eine Mentalität, der wir offen den Kampf ansagen. Der Steuerzahler hat ein Anrecht darauf, dass mit öffentlichen Geldern sparsam und haushälterisch umgegangen wird. Überbissene Ansprüche an die öffentliche Hand, von welcher Seite diese auch kommen mögen, müssen deshalb in die Schranken gewiesen

werden. Unsere Stadt hat für das Jahr 1986 eine Neuverschuldung von 3,5 Mio Franken zu verzeichnen. Neue, grosse und wichtige Aufgaben, die Millionen verschlingen werden, stehen vor der Tür.

Wir wollen also nicht, wie der Artikelschreiber es behauptet, öffentliche Gelder «in den Wind schmeissen», sondern im Gegenteil unserer Stadt eine nicht unbeträchtliche Summe an Investitionskosten und jährlichen Betriebsbeiträgen ersparen.

Wer hier «Schindluderei» betreibt, möge der Leser entscheiden. Im übrigen hoffen wir, wenn das Referendum offiziell als zustande gekommen erklärt wird, auf einen offenen, fairen und sachlichen Abstimmungskampf. Unser Referendumskomitee wird auf alle Fälle mit offenem Visier kämpfen.

Für das Referendumskomitee
Josef Bürge

Nachschrift der Redaktion

Die im Meinungskasten «Im Volk wird gemunkelt» vertretene Stimmungsmeinung einiger weniger wird von unseren Lesern geschrieben und braucht sich nicht mit der Meinung der Redaktion zu decken, was im vorliegenden Fall so war. TM. Red.

Mehrzweckhaus Sonnenhof: Vorstand und Fraktion der CVP stehen hinter dem Projekt

Kaum Unterstützung für Referendum

WIL – Zu einer eigentlichen Grundsatzdiskussion über das gegen den Umbau der ehemaligen Löwenbräu-Stallungen in ein Mehrzweckhaus Sonnenhof ergriffene Referendum kam es an der Mitgliederversammlung der CVP vom Montag. Der Sprecher des Referendumskomitees, Josef Bürge, hatte dabei deutliche Kritik einzu-stecken. Eigentliche Unterstützung für das Referendum war kaum auszumachen.

WALTER STURZENEGGER

Heute Mittwoch läuft die Referendumsfrist für den Kredit von 543 000 Franken zum Umbau der ehemaligen Löwenbräu-Stallungen in ein Mehrzweckhaus Sonnenhof ab. Dass das Referendum zustande kommt, steht seit gut einer Woche mit Sicherheit fest. Ergriffen wurde es von einem «Wiler Stamm-tisch», dessen Sprecher der ehemalige CVP-Kantonsrat und Ex-Grossratsprä-sident Josef Bürge ist. An der Mitglie-derversammlung der CVP kam es am Montag wegen dieses Referendums zu einer heftigen Auseinandersetzung, die allerdings fair blieb.

«David in der Löwengrube»

CVP-Präsident Robert Strässle wiederholte einleitend die Gründe, die Vorstand und Fraktion dazu bewogen hatten, das Umbauprojekt zu unterstützen. «Wir unterstrichen damit, dass wir uns

auch für Kultur und Jugend einsetzen», betonte Strässle. In der Parlamentsdebatte stand die 19köpfige CVP-Fraktion geschlossen für den Umbau ein.

Er komme sich als Sprecher des Referendumskomitees wie «David in der Löwengrube» vor, meinte Josef Bürge. Als ehemaliger Oberst sehe er das «Schlachtfeld» aber lieber vor als hinter sich, wandte er sich an die CVP-Mitglieder, unter denen er offensichtlich Leute vermuteten, die ihn in ein schlechtes Licht gerückt hätten. «Das Referendum wurde ergriffen, weil das Parlament nicht mit dem Volkswillen übereinstimmt», beteuerte Bürge. Er kritisierte die Stellungnahme von Vorstand und Fraktion für den Umbau.

«Es wäre Sache einer Mitgliederversammlung gewesen, Stellung zu nehmen».

Strässle entgegnete, Vorstand und Fraktion nähmen sich das Recht heraus, Stellungnahmen zu verfassen. Diese sei zudem nicht im Namen der Mitglieder veröffentlicht worden.

Tragfähige Lösung vernichtet

Kritische Worte fand Stadtmann Hans Wechsler. Drei Jahre lang habe der Stadtrat versucht, mit dem Verein Kulturlöwe einen tragfähigen Kompromiss auszuarbeiten. Dies sei gelungen. Der Stadtrat habe genau das getan, was nun auch im neuen Leitbild 87 unter dem Begriff «Kultur» verlangt werde, nämlich die Unterstützung von Gruppierungen,

die für die Lebensqualität Wils, für die direkte Auseinandersetzung mit den Problemen unserer Stadt sowie für unsere Gesellschaft von Bedeutung sind». Mit dem Referendum werde nicht nur der Kulturlöwe getroffen, sondern auch die Volkshochschule, die Bühne 70, die Behindertengruppe und das Militär, für die die Räumlichkeiten ebenfalls zur Verfügung stehen sollen. Wechsler erteilte für seine Ausführungen starken Applaus.

Während Robert Strässle betonte, dem Verein Kulturlöwe werde im Mehrzweckhaus kein Vorrecht eingeräumt, verwies Franzruedi Fäh auf den «Läuterungsprozess», den die Fraktion durchgemacht habe. «Zuerst waren wir auch skeptisch, am Schluss entschieden wir uns aber einstimmig für die Jugend». Bürge behauptete, das Parlament politisiere am Volk vorbei, sei eine höchst subjektive Wertung, meinte Fäh.

Vorwurf an Parlament gerichtet

In seiner Replik richtete Bürge die erhobenen Vorwürfe ausdrücklich gegen das Parlament, das «langsam den Ruf erhält, es überhole selbst den Stadtrat». Die CVP-Fraktion solle doch nicht jeden Vorstoss von SP, Provi und FDP unterstützen. Bürge empfahl den 19 CVP-Gemeinderäten einen «weiteren Läuterungsprozess».

Keine Antwort erhielt Kantonsrat Walter Gut auf die Frage, wer neben Bürge noch im Referendumskomitee sitze. «Wir sind überparteilich. Unter den 15 Komiteemitgliedern befinden sich auch ehemalige Gemeinderäte», meinte Bürge.

Josef Fässler schliesslich respektierte das demokratische Mittel eines Referendums, forderte aber mehr Vertrauen in die CVP-Fraktion. Nicht zuletzt deshalb habe man ein Leitbild ausgearbeitet. Dieses solle der Fraktion ermöglichen, zusammen mit der CVP-Mehrheit im Stadtrat Führungsarbeit wahrzunehmen.

Gerade im Hinblick auf die nächsten Wahlen müsse die CVP zudem mutiger handeln, mehr Profil zeigen und den Eindruck vermeiden, in der Jugendpolitik nicht liberal zu sein. Albert Rüst gab Bürge mit auf den Weg, in Zukunft doch zuerst das Gespräch mit der Fraktion zu suchen, derweil Werner Truninger noch einmal betonte, der Verein Kulturlöwe werde nicht privilegiert.

Kommentar

Gewollte und ungewollte Allianzen

Überraschend offen und fair diskutierten die CVP-Mitglieder am Montag über das Referendum gegen den Umbau der ehemaligen Löwenbräu-Garagen. Sie hatten auch allen Grund dazu, stammt der Sprecher des Referendumskomitees doch aus der selben Partei wie die vier Stadträte und 19 Gemeinderäte, die einen Umbau befürworten. Von einer Spaltung der Partei kann trotzdem nicht gesprochen werden. Nur wenige sympathisierten öffentlich mit Bürge, die grosse Mehrheit der interessierten CVP-Mitglieder – und nur diese fanden den Weg ins Restaurant Ölberg – unterstützte Vorstand, Stadt- und Gemeinderat.

Die Diskussion löste ein interessantes Gedankenspiel aus. Josef Bürge, eindeutig dem rechten Lager der Wiler CVP zuzuordnen, kritisierte die Fraktion, indem er ihr vorhielt, zu oft Vorstössen von FDP, prowil und SP zuzustimmen. Er vermisst anscheinend eine klarere politische Blockhaltung. Andererseits ist auch bekannt, dass unter den Gegnern eines Mehrzweckhauses Sonnenhof innerhalb der CVP namhafte Persönlichkeiten zu finden sind, die den Umbau deswegen ablehnen, weil damit ihrer Meinung nach der Bau eines Stadtsaales auf dem Bleicheplatz verunmöglicht wird. Die, so ist der Faden leicht weiterzuspinnen, bezüglich Standort des Stadtsaales mit der SP einig gehen. Auf seine Art geht auch Bürge Allianzen ein, die ihm im Parlament unheilig erscheinen.

Walter Sturzenegger

Erste Reaktionen auf das Referendum gegen das Mehrzweckhaus Sonnenhof

Summermatter: «Ich bin enttäuscht!»

WIL (nwt) Gegen das Projekt für den Umbau der Löwenbräu-Garagen in ein Mehrzweckhaus Sonnenhof ist mit 931 gültigen Unterschriften das Referendum zustande gekommen. Die Gemeinderatsfraktion der CVP stand mit der Mehrheit des Parlamentes und der vorberatenden Kommission für den Umbau ein. Wir befragten Peter Summermatter (CVP), Mitglied der vorberatenden Kommission, über die neue Ausgangslage.

Peter Summermatter, wie haben Sie persönlich die Meldung aufgenommen, dass das Referendum ergriffen wurde?

«Um ehrlich zu sein, war ich ob dieser Nachricht enttäuscht. Doch es ist ein gutes demokratisches Recht, die Institution des Referendums zu benützen. Allerdings frage ich mich, ob nicht am falschen Objekt geübt wird, wenn man in Betracht zieht, was die Stadt Wil für relativ wenig Geld an Gegenwert erhält. Die Summe des Umbaus beträgt 3,5 Prozent vom Betrag, den uns der Stadtsaal kosten dürfte. In Wil ist man darauf eingestellt, dass langfristig geplant wird. Für einmal kommt man mit einem Projekt erfreulich rasch daher. Dies ist für viele ungewohnt und mag erschrecken. Dabei sollte man doch froh sein, dass für dieses Mal ein Problem, ohne Planung um alle Ecken, sowohl von Stadt, wie Parlament einer Lösung zugeführt wird.»

Glauben Sie nicht, dass der Verein «Kulturlöwe», der im Mehrzweckhaus «Sonnenhof» ein festes Gastrecht hat, von vielen Leuten noch nicht verdaut wurde?

«Dies kann ich nicht beurteilen, da insbesondere die Initianten des Referendums bis jetzt keinen konkreten Grund zu ihrem Schritt angaben. Immerhin haben sich die CVP-Mitglieder der parlamentarischen vorberatenden Kommission die Mühe und die Zeit genommen, an zwei mehrstündigen Gesprächen mit Gegnern aus dem CVP-Vorstand, deren Argumente kennen zu lernen und zu verstehen. Dies führte mit dazu, dass aus der Kommission ein Zusatzantrag formuliert wurde, wonach die Zuständigkeiten für die Betriebsaufsicht und Belegung des neuen Mehrzweckgebäudes beim Stadtrat zu liegen haben. Was den (Kulturlöwen) betrifft, so besitzt dieser kein Verfügungsrecht über das



Peter Summermatter (CVP) war Mitglied der vorberatenden Kommission im Wiler Parlament, die sich mit dem Umbauprojekt für die Löwenbräu-Garagen befasst hat.

Gebäude. Nach all den Diskussionen im Vorfeld der gemeinderätlichen Beratungen ist diese Tatsache wohl nicht überall bewusst wahrgenommen worden.»

Nun wiegt doch der Vorwurf schwer, im Gemeinderat Wil werde am Volk vorbeipolitisiert. Was meinen Sie dazu?

«Hierzu muss die Frage gestellt sein, was heisst Volk. Meint man damit vereinfachend jeweils die Mehrheit, die eine Minderheit nicht mit zum Volke zählt, oder ist es die Gesamtheit der Bevölkerung, die in einem Staatswesen zuhause ist. Wir leben in einem ausgesprochen gesellschaftlichen Pluralismus. Dies widerspiegelt sich auch in der Zusammensetzung des Parlamentes. Die unterschiedlichen Bevölkerungskreise sind daher auch durch ihre entsprechend gewählten Gemeinderäte vertreten. Offenbar fühlt sich ein Kreis nicht vertreten. Aber es wäre anmassend von den Referendumsinitianten zu behaupten, das Volk, das sind wir. Ausgesprochenes Mehrheitsdenken ist gefährlich. Dafür hat der Stimmbürger eine feine Nase, nicht umsonst reichte es der CVP seinerzeit nicht zur absoluten Mehrheit im Gemeinderat.»

Mit der Idee der Umgestaltung der Löwenbräugarage in ein Mehrzweckhaus hat sich unerwartet ein Gesamtkonzept für das Freizeitangebot der Stadt Wil ergeben. Sehen Sie das ebenso?

«Richtig, die «Obere Mühle» geführt durch Animatoren, deckt die Bedürfnisse von kleineren Gruppen und Einzelpersonen, insbesondere im Teenageralter, ab. Der kommende Stadtsaal, unabhängig vom Standort, ermöglicht grösseren Vereinen ihre traditionellen Anlässe mit Bewirtung abzuhalten und der Hof wird auf Grund der standortlogistischen Untersuchung kaum für die Erweiterung des Freizeitraumangebotes in Frage kommen. Tonhalle und dessen Mehrzweckraum sollten wieder ganz ihrer Zweckbestimmung, der Beherbergung kultureller Anlässe zugeführt werden. Jetzt besteht die Möglichkeit, eine Lücke zu schliessen, nämlich für Vereine mittlerer Grösse, Institutionen und spontane Gruppierungen mit einem regelmässigen Programmangebot, die anderswo schwerlich angesiedelt werden können.»

Abschliessend gefragt, wie beurteilen Sie die Chance, dass das Mehrzweckhaus «Sonnenhof» beim Stimmbürger Gnade findet?

«Man darf wirklich von «Gnade finden» sprechen, wenn man weiss, dass es immer leichter ist, gegen etwas zu sein. Notorische Neinstimmer sind allweil da. Der Entscheider wird sicher knapp ausfallen. Es kommt aber auf die Einstellung des «Gönners» oder «Nichtgönners» an. Sind wir in einer offenen Gesellschaft bereit, anteilmässig auch auf Bedürfnisse kleinerer Gruppen Rücksicht zu nehmen, wenn sich so überraschend eine Gelegenheit bietet? In diesem Zusammenhang möchte ich doch den Satz eines unverdächtigen Zeitgenossen, nämlich Bundesrat Arnold Koller, stellen: «Es tut gerade den Kleinen gut, wenn sie spüren dürfen, dass sie mit den Grossen in einem Bund vereint sind». Auch als Mehrheit lässt sich über den eigenen Schatten springen, aber dazu gehört das Wollen. Der Umbaukredit für das Mehrzweckhaus kann kaum Gegenstand der Opposition sein. Und doch entzündeten sich gerade bei den kleineren Beträgen die grössten Diskussionen.»

Mehrzweckhaus Sonnenhof: Meinungsverschiedenheiten

«Stadtrat bedauert»

CHRISTIAN JOST

Wil

Vorstand und Fraktion der CVP Wil stellen sich klar gegen das vor kurzem

ergriffene Referendum und unterstützen das stadträtliche Projekt für ein Mehrzweckhaus Sonnenhof. Stadtmann Hans Wechsler betonte, der Stadtrat bedaure ausserordentlich, dass mit diesem Referendum der lange Weg des Projekts nun noch erschwert werde. Es sei die Aufgabe einer Regierung, mit allen Minderheiten einer Stadt umgehen zu können. «Die jungen Leute gehören in diese Stadt – sonst ist Wil keine Stadt 1987.»

In der allgemeinen Umfrage an der Hauptversammlung der CVP Wil meldete sich alt Kantonsrat Josef Bürge zu Wort, der sich als Sprecher des Referendumskomitees bezeichnet. Dieses Komitee sei «aufgrund einer Stammtischrunde» entstanden, weil der Parlamentsentscheid nicht mit dem Volkswillen übereinstimme. «Das ist kein Geheimklub und keine Mafia, sondern einfach eine überparteiliche Stammtischrunde.» – Auf die Frage, wer denn genau hinter diesem Komitee stecke, wollte Josef Bürge allerdings keine weiteren Angaben machen.

Wechsler bedauert

Stadtmann Hans Wechsler betonte, man habe in dreijähriger Arbeit versucht, mit den «Kulturlöwen» einen tragbaren Kompromiss zu finden. Was nun herausgekommen sei, «ist eine Konfliktlösung im besten Sinn». Wechsler verwies in diesem Zusammenhang auf das neue Leitbild, wo es im Kapitel «Kultur» heisse: «Die CVP Wil setzt sich ein für die Unterstützung jener Institutionen, Gruppierungen und Einzelpersonen, die für die Le-

bensqualität, für die direkte Auseinandersetzung mit den Problemen unserer Stadt sowie für unsere Gesellschaft von Bedeutung sind.» – «Dies trifft für die «Kulturlöwen» 100%ig zu», erklärte Wechsler unmissverständlich.

Mit diesem Referendum werde nicht nur der Verein «Kulturlöwe» getroffen, sondern auch die militärischen Einquartierungen, die Volkshochschule, die «Bühne 70» und die Behindertengruppe, die im neuen Mehrzweckhaus Sonnenhof Platz finden sollen.

«Nicht voreilig gehandelt»

Auf den Vorwurf von Josef Bürge, der Vorstand habe «voreilig und ohne Kompetenz» gehandelt, als er seine Unterstützung für das stadträtliche Projekt bekanntgegeben habe, entgegnete Fraktionspräsident Franzruedi Fäh, zu diesem Thema habe man erstmals mit einer Projektgruppe Meinungsbildung betrieben. «Die Fraktion hat dem Projekt, das im Vorstand mitberaten wurde, einstimmig zugestimmt.» Eine Mitgliederversammlung werde erst im Abstimmungskampf einberufen, um die Stellungnahme der Partei zu erfahren.

Vertrauen ins Parlament

Wenn die CVP ihren Führungsauftrag wahrnehmen wolle, wie es Präsident Robert Strässle als Ziel formuliert habe, «muss man Vertrauen haben ins Gemeindeparlament». Der Vorstand sei legitimiert, eine Meinung zu äussern – auch dies gehöre zum Führungsauftrag. «Es soll doch nicht der Eindruck entstehen, dass die CVP gegen fortschrittliche Jugendpolitik ist. Die CVP-Politik ist sonst oft genug mutlos.»

Unterstützt wurden diese Sprecher auch von Albin Böhi, Toni Schmid, Werner Truniger und Albert Rüst.

Josef Bürge, Co-Initiator des Referendumskomitees, zum 543'000-Fr.-Kredit für «Sonnenhof»-Mehrzweckgebäude

Wiler Zeitung 18.4.87

Anspruchs-Inflation geht langsam ins Tuch

«WZ»: Wie sind Sie dazu gekommen, einen Beschluss des Gemeindeparlaments, also der Volksvertretung von Wil, mit einem Referendum umzustossen zu versuchen?

Josef Bürge (J.B.): Ich muss hier gleich etwas richtigstellen; ich bin wohl derjenige Mann vom Referendumskomitee, welcher an der Front steht. Dieses Komitee besteht aus 15 Wilern, die regelmässig zusammenkommen. Nach der Parlamentssitzung vom 5. März 1987 entschlossen wir uns «hier machen wir nicht mehr mit». Dreierlei Gründe veranlassen uns dazu: gesellschaftspolitische, finanzpolitische Gründe und die Standortfrage.

«WZ»: Ist für Ihren Geschmack die Sache mit dem Kulturlöwen-Zentrum etwas zu schnell vorwärtsggegangen?

J.B.: Nach dem Motto: «Nöd lugglah, gwünnt» setzten die Kulturlöwen Gemeinde- und Stadtrat unter Druck. Zuerst verlangten die Kulturlöwen das Löwenbräu-Gebäude, nachher die ehemaligen Stallungen. Durch ihre forsche Art brachten sie vorerst den Stadtrat, dann auch die Gemeinderäte dazu, dem Umbau zuzustimmen. Nun muss man jedoch sehen, was für Personen hinter dem Verein Kulturlöwe stecken: eine sehr heterogene Gruppe von Leuten zwischen zwanzig und dreissig bis vierzig Jahren. Teils sind es Vollerwerbstätige, teils Studenten. Zum grössten Teil jedoch verdienen alle in ihrem Beruf recht gut. Nun treten diese Leute vor, um von der Allgemeinheit zu verlangen: Stellt uns ein Kulturzentrum auf die Beine! Ich glaube, es ist nicht Sache der öffentlichen Hand, ihnen so eine Kulturgarage zur Verfügung zu stellen.

«WZ»: Wollen Sie und die Referendums-Co-Initianten den Anteil von Fronarbeit, den die Vereinsmitglieder leisten würden, nicht voll anerkennen?

J.B.: Die Fronarbeit ist etwas und doch nichts. Am Anfang verlangten die Kulturlöwen die Garage im Ist-Zustand, nachher drang der Stadtrat durch, der das Gebäude in Ordnung bringen will. So oder so: Mehr und mehr Forderungen an die Allgemeinheit in Bund, Kantonen und Gemeinden werden erhoben, die auf einer Nehmer-Mentalität beruhen. Wo diese sich steigert, muss man einmal am verträglichen Mass festhalten: Bis hierher und nicht weiter.

«WZ»: Befürchten Sie nicht, dass von neuem Unruhe aufkommt, wenn nun das Minimalprogramm des Stadtrates auf der Strecke bleibt?

J.B.: Gerade am vergangenen Wochenende machten die Kulturlöwen eine «Rocknacht» im Tonhalle-Saal, vorher veranstalteten sie Jazz-Konzerte usw. Das ist recht so, dies sollen die jungen Leute dürfen. Aber jetzt besitzt die Stadt im Lindenhof eine Aula, im Pfarreiheim gibt es auch einen Saal mit Bühne. Darum finden wir das Vorhaben überraschend, jetzt zusätzlich aus den Garagen im «Sonnenhof» etwas Ähnliches zu schaffen.

Nun noch zu etwas anderem, Stichwort Betriebskonzept: Dieses steht auf ganz schwachen Füßen, weil es unrealistisch ist. Anfänglich war die Tonhalle als Anlaufstelle zur Koordination der Belegungszeiten vorgesehen. Diesen Punkt korrigierte der Gemeinderat als einzigen. Im übrigen riecht es jedoch nach einem autonomen Jugendzentrum! Das kann nicht funktionieren, andere Beispiele beweisen dies. Nehmen wir das Freizeithaus Obere Mühle: Dort war vorerst keine Stelle vorgesehen, jetzt läuft der Betrieb und die Betriebskosten 1986 von 147'000 Fr. mit anderthalb Stellen. Auch im Kulturzentrum verhält es sich so, nun setzt man für den Betrieb nur 23'000 Fr. ein, aber es würde unumgänglich sein, dass dafür eine verantwortliche Person angestellt und entlohnt würde. Der Betriebsverantwortliche müsste an Ort und Stelle zum Rechten sehen. Hier also eine neue Stelle, in der Oberen Mühle anderthalb, in der Dreifachturnhalle Lindenhof deren drei: Allmählich ist diese Steigerung gegenüber dem Steuerzahler nicht mehr zu verantworten.

«WZ»: Und die Kulturlöwen, sollen sie denn ohne einen Treffpunkt dastehen?

J.B.: Nun sehen Sie einmal: Die Stadt Wil will den «Hof» kaufen, einen Stadt-saal bauen, da entstehen Räumlichkeiten, für die man den genauen Verwendungszweck nicht festgelegt hat. Unserer Meinung nach müssten die Kulturlöwen eben etwas Geduld haben und sich einem Ganzen unterordnen!

«WZ»: Mir scheint diese Optik denn doch etwas einseitig, wenn Sie nur die Ansprüche der Kulturlöwen erwähnen.

J.B.: Die «Sonnenhof»-Vorlage ist bewusst auf die Zwecke des Vereins Kulturlöwe ausgerichtet. Nun hat man zugegeben dem Umbaukredit einen rosaroten Anstrich gegeben, um das Geschäft vor dem Steuerzahler eher besser verantworten zu können. Prüft man dagegen den Belegungsraaster, erkennt man rasch, dass vor allem an den Wochenenden andere Vereine und Institutionen eher Alibifunktionen haben. Auch den militärischen Truppen bliebe da kein Spielraum mehr.

«WZ»: Aber es steht nun einmal gerade am Bleicheplatz ein Gebäude im Besitz der Öffentlichkeit, welches sich für die anvisierten Zwecke gut eignet.

J.B.: Der Standort gleich neben dem Altersheim Sonnenhof, ist mit Sicherheit schlecht; es kommt hinzu, dass die Immissionen von moderner Musik nicht klein, sondern sogar gross sind. Wir haben gegen solche junge Musik nichts einzuwenden, aber sie hat nun einmal eine beträchtliche Phonstärke an sich.

Noch etwas zum Standort des Hauses: Hier besitzt die öffentliche Hand das einzige grosse, zusammenhängende Grundstück im Zentrum. Indem man aus den Garagen ein Kulturzentrum machen will, präjudiziert man aber allfällige weitere Verwendungszwecke. Den ganzen Bleicheplatz würde man auf diese Weise «verbauen».

Wir scheuen uns eigentlich vor dem Risiko, einen solchen fragwürdigen Aufwand zu treiben für eine Gruppierung, die vielleicht in fünf Jahren nicht mehr bei den Kulturlöwen ist. Schliesslich werden die jungen Leute demnächst auch ihre berufliche Karriere verfolgen...

Eine weitere Befürchtung unsererseits ist die Anziehung auf die Drogenszene und andere Randgruppen. Bekanntlich schliesst zurzeit ein davon betroffenes Restaurant. Die Gefahr, dass das Mehrzweckgebäude darum drogenabhängige Personen anlocken kann, ist nicht an den Haaren herbeigezogen. Glauben Sie denn, die Kernmitglieder des Vereins Kulturlöwe könnten sich solcher Randgruppen aus der Drogenszene erwehren?

«WZ»: Eine Mehrheit des Parlamentes schien jedoch diese Furcht ihres Komitees nicht zu teilen.

J.B.: Das freilich nicht. Aber die Tatsache, dass das Komitee innert drei Wochen ohne Propaganda in den Tageszeitungen 931 Unterschriften sammelte, zeigt doch ein weitverbreitetes Unbehagen in der Wiler Bevölkerung. Darin kommt zudem eine Enttäuschung der Bürger über die Entscheidung der Volksvertreter zum Ausdruck.

WILER
ZEITUNG

18. 4. 87

Abstimmung am 29./30. August

bio. Wann die Urnenabstimmung über das Referendum zum Mehrzweckgebäude Sonnenhof stattfindet, wusste bislang niemand. Jetzt ist aus zuverlässiger Quelle bekannt, dass die Bevölkerung am Wochenende des 29./30. August 1987 sich zum Kredit für den Garagenumbau äussern wird. Wie der Fraktions-sprecher der FDP, Karl Josuran, weit antönte, gedenkt der Stadtrat, mit der breit angelegten Information der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger nach den Sommerferien zu beginnen. Mit dem Abstimmungstermin im August könnte es auch gelingen, die Plebiszite über den «Hof»-Kauf respektiv den Stadt-saal vom Kulturzentrum zu trennen. Ein politisch gewiss kluges Kacklül...



Josef Bürge ist Sprecher des Referendumskomitees, welches eine Volksabstimmung zum Umbaukredit von 543 000 Fr. verlangt. Bürge ist Mitglied der CVP der Stadt Wil. 1965 bis 1986 Rektor der Gewerblichen Berufsschule Wil. 1968 bis 1984 Einsitz im Grossen Rat des Kantons St. Gallen, wovon 1981 bis 1982 als dessen Präsident. Als Kantonsrat war Josef Bürge auch Mitglied in der Staatswirtschaftlichen Kommission.

(Archivbild: «WZ»)

WILER ZEITUNG , 24. 4. 87

Bedürfnisse für den «Sonnenhof» sind ausgewiesen

Die FDP sagt ja zum «Mehrzweckhaus Sonnenhof»

Der Vorstand der FDP Wil hat sich an seiner letzten Sitzung eingehend mit dem «Mehrzweckhaus Sonnenhof» und dem dagegen erhobenen Referendum befasst. Der Vorstand der FDP steht voll und ganz hinter dem Gemeinderatsbeschluss zur Schaffung des «Mehrzweckhauses Sonnenhof» und spricht sich gegen das Referendum aus.

Es ist Realpolitik, zu sehen und zu erkennen, dass in unserer Stadt vielfältige Bedürfnisse und Initiativen zu Freizeit- und kulturellen Aktivitäten bestehen, die förderungswürdig sind.

Es spricht für die Offenheit und Toleranz unserer Stadt, wenn sie zur Entfaltung solcher begrüssenswerter Initiativen und Aktivitäten auch dann zu den hierfür notwendigen Räumlichkeiten verhilft, wenn es sich nicht um Anliegen einer Mehrheit, sondern kleinerer Gruppen und Gruppierungen handelt

Das Mehrzweckhaus Sonnenhof ist geeignet, mit vertretbarem finanziellem und organisatorischem Aufwand für einige Jahre die räumliche Infrastruktur für vielfältige kulturelle, öffentliche, schulische, bildungsmässige und gesellschaftliche Bedürfnisse kleinerer Gruppen und Gruppierungen zur Verfügung zu stellen. Das vom Stadtrat vorgesehene und vom Parlament gutgeheissene Nutzungs- und Benützerkonzept verspricht Gewähr für eine sinnvolle und ausgewogene Nutzung dieses Gebäudes.

Der Umbau des Löwenbräu-Garagentrakes zu einem «Mehrzweckhaus Sonnenhof» hat wohl seine Wurzeln in Initiativen des Vereins Kulturlöwe. Das Umbauvorhaben hat jedoch seine Rechtfertigung losgelöst und ist unabhängig von diesem Verein. Der Verein Kulturlöwe wird jedoch nicht mehr und nicht weniger als andere mögliche Gruppen und Gruppierungen Anspruch auf eine Benützung von Räumen in diesem Gebäude haben.

Die Realisierung des «Mehrzweckhauses Sonnenhof» ist nicht das Ergebnis einer «Zwängerei», sondern wird das Ergebnis eines beispielhaften Funktionierens unserer demokratischen Institutionen und Spielregeln sein. Das Parlament hat den Abbruch des Löwenbräu-Depots beschlossen und eine gegen diesen Abbruch und für die Schaffung eines Kulturzentrums eingereichte Petition abgelehnt, ein Entscheid, der von den Betroffenen in demokratischer Weise akzeptiert wurde. Aus ebenso überzeugenden Gründen hat andererseits das Parlament die Schaffung des «Mehrzweckhauses Sonnenhof» als ausgewiesenen Bedürfnissen entsprechend gutgeheissen. Genausogut verdient es dieser Entscheid, in demokratischer Weise respektiert zu werden. Wir schaffen und verstärken damit das Vertrauen gerade auch der jungen Generation in die Institutionen unserer Demokratie.

Der Vorstand der FDP Wil

Offener Brief von Karl Josuran an den Sprecher des Komitees gegen den Kulturlöwen-Kredit, Josef Bürge

«Ein Platz in der Gemeinschaft»

Name: Josuran
Vorname: Karl, Dr.
Beruf: Arzt
Wohnort: Wil



Lieber Josef,

erlaube mir als Deinem ehemaligen Schüler, Dir einige Zeilen als Entgegnung und Ergänzung zum Interview vom 18. April 1987 in der «WZ» zu schreiben.

Mit Enttäuschung habe ich vom Zustandekommen des Referendums erfahren. Es ist aber ein urdemokratisches Recht, es zu ergreifen. Ich verstehe auch sehr gut Deine und der Mitunterzeichner Skepsis. Auch ich stand, zu Beginn, der Vorlage sehr skeptisch gegenüber. Doch nach eingehender Einarbeitung kann ich heute voll und ganz hinter der Sache stehen.

Wenn Du sagst, «Nöd lugglah gwünnt», so ist dies nur bedingt richtig. Gemässigte Kreise, die weniger beachtet sind, aber die Mehrheit bilden, haben nicht die Hände in den Schoss gelegt und gewartet, dass ihnen von der Stadt anno X etwas zur Verfügung gestellt wird (lies «Hof» oder Stadtsaal).

Nein, sie haben die Initiative ergriffen und der Stadt gratis ein fixfertiges Projekt zur Verfügung gestellt. Nicht unbedingt eine Selbstverständlichkeit für unsere heutige Konsumgesellschaft.

Der Kulturbegriff

Was ist Kultur? – Ein recht schwieriges Unterfangen, diesen Begriff zu definieren. Im Grossen Brockhaus findet sich die folgende Definition: «Kultur ist die Gesamtheit der typischen Lebensformen einer Bevölkerung, einschliesslich der sie tragenden Geistesverfassung, besonders

der Wertvorstellungen.» Kultur ist also von vornherein, global gesehen, als Vielfalt angelegt.

Auch in einer Stadt wie Wil hat also die Kultur, haben deren Anhänger viele Gesichter. Über deren Schönheit kann man bekanntlich verschiedener Meinung sein. Warum soll eine Stadt nicht auch ein für viele «hässliches Gesicht» unterstützen, nachdem dies bis heute nur für die «schönen» der Fall war? Ein Unterfangen, das um so mehr zu unterstützen ist, als durch die sogenannte «Kulturgarage» Raum für viele andere, beliebtere und allgemein bekanntere Kulturrichtungen geschaffen wird, die sonst noch Jahre auf ein Plätzchen warten müssten. Ich denke hier vor allem an die Volkshochschule. Dass ein autonomes Jugendzentrum nicht funktionieren kann, davon bin ich überzeugt. Es war und ist nicht nur meine persönliche Meinung, sondern auch der Kommission und der Mehrheit des Parlamentes, dass die Stadt der «Chef» sein muss. Sollten Missbräuche des Goodwill durch den Kulturlöwen vorkommen, kann der Stadtrat jederzeit entsprechend eingreifen. Ob der Kulturlöwe in seiner jetzigen Zusammensetzung in fünf Jahren noch existiert, ist sicher fraglich. Ich bin fest überzeugt, dass jederzeit durch andere, der grossen Mehrheit vielleicht entsprechende Institutionen, die entstehenden Lücken gefüllt werden können.

Sollte der Stimmbürger, was bei den hohen Zusatzkosten in Millionenhöhe kaum anzunehmen ist, eine Verlegung des Stadtsaales auf das Bleicheareal wünschen, wäre das umgebaute Mehrzweckgebäude «Sonnenhof» kein Hindernis. Das Gebäude ist so oder so vorhanden, ein allfälliger Umbau bis zum Neubau eines eventuellen Stadtsaales amortisiert.

Zu den «Randgruppen»

Was die Drogenszene betrifft, so ist diese leider nicht aus der Welt zu schaffen. Auch bei Ablehnung des Projektes wird Wil, so sehr es zu wünschen wäre, nicht einen einzigen «Drögeler» weniger haben. Meiner Meinung nach ist eine bekannte Drogenszene weniger gefährlich als eine solche im Untergrund. Ich glaube, dass es im allereigensten Interesse des Kulturlöwen ist, von Anfang an den Riegel gegen drogenabhängige Personen zu schieben. Zum Schluss erlaube ich mir noch eine ganz persönliche Bemerkung. Du, lieber Josef, sprichst davon, dass Stadtrat und Parlament unter Druck und durch forsche Art dazu gebracht wurden, dem Umbau zuzustimmen.

«Eigene Reife der Volksvertreter»

Ich bin aber fest überzeugt, dass im Stadtrat und Parlament Damen und Herren sitzen, die doch über eine Reife verfügen, die Entscheide nach besonnenen Überlegungen und nicht nach Geschrei von Minderheiten zu fällen.

Es war mir als Präsident der vorberatenden Kommission ein Bedürfnis, diese Zeilen zu schreiben, und ich bin auch gerne bereit, dem Referendumskomitee gegenüber Red und Antwort zu stehen.

Mit herzlichen Grüssen:

gez. K. Josuran Wil

WILER

ZEITUNG

22. 4. 87



SP und Löwenbräu-Garagen

WIL (SP) In einem Presse-Communiqué wehrt sich der Vorstand der SP Wil gegen die Vermutung, dass das Vertreten des Standortes Bleicheplatz für den Stadtsaal gleichzeitig bedeutet, dass der Umbau der Löwenbräu-Garagen abgelehnt werden soll. Sie unterstützt im Gegenteil diesen Umbau einstimmig.

Vom Referendumskomitee gegen den Umbau der Löwenbräu-Garagen in ein Mehrzweckgebäude für Kultur wurden bisher nur wenige stichhaltige Argumente gegen diesen Umbau vorgebracht. Auch ist bis heute nur der Exponent dieser Gruppe bekannt. Umso kräftiger schiessen deshalb die Spekulationen darüber ins Kraut, wer weshalb gegen den Ausbau sein könnte.

In diesem Zusammenhang wird auch die SP genannt, die möglicherweise gegen den Ausbau sei, um «ihr Stadtsaal-Projekt am Bleicheplatz nicht zu gefährden». Diese Aussage weist die Partei in einem Presse-Communiqué von sich.

Sie beruft sich auf das Weissbuch zum Stadtsaal mit einem Bild des Garagenprojektes (lange bevor dies öffentlich diskutiert wurde und auch der Stadtrat gemerkt hat, dass dieses Gebäude sich für eine entsprechende Nutzung geradezu aufdrängt) darunter steht wörtlich: «... und hier nun haben unsere Behörden eine Möglichkeit, schnell zu handeln: Eine Musikbeiz in den Stallungen ... liegt ganz im Sinne unserer Idee. Mit mittelgrossen Aufwand könnte dieses Gebäude hergerichtet werden und ... innert Monaten übergeben werden.» Das nun vorliegende Projekt strebt eine breitere Nutzung an durch Volkshochschule, Bühne 70, Behindertengruppe und andere Möglichkeiten, was ganz der Idee der SP eines offenen, vielfältigen Kulturzentrums am Bleicheplatz entspricht.

An anderer Stelle im Weissbuch findet sich der Satz «Bestehende Gebäude sollen so weit wie möglich belassen und integriert werden» (S. 13). Aus unserer Sicht gibt es also keine Gründe, den geplanten Umbau abzulehnen.

Die SP hofft aber auch, dass die Behörde schnell handelt und den Abstimmungstermin für das Referendum auf den Juni legt. Es liegt im Interesse aller zukünftiger Benützer, dass diese Sache schnell entschieden wird; umso mehr, als alle Fakten auf dem Tische liegen und es ausschliesslich um die Stellungnahme der Stimmbürger geht. Ausserdem sind die Abstimmungstermine vom Oktober und Dezember ohnehin stark befrachtet.

Die SP und die Löwenbräu-Garagen

Der Vorstand der SP Wil wehrt sich gegen die Vermutung, dass das Vertreten des Standortes Bleicheplatz für den Stadtsaal gleichzeitig bedeutet, dass der Umbau der Löwenbräu-Garagen abgelehnt werden soll. Wir unterstützen im Gegenteil diesen Umbau einstimmig. Vom Referendumskomitee gegen den Umbau der Löwenbräu-Garagen in ein Mehrzweckgebäude für Kultur wurden bisher nur wenige stichhaltige Argumente gegen diesen Umbau vorgebracht. Auch ist bis heute nur der Exponent dieser Gruppe bekannt. Umso kräftiger schiessen deshalb die Spekulationen darüber ins Kraut, wer weshalb gegen den Ausbau sein könnte. In diesem Zusammenhang wird auch die SP genannt, die möglicherweise gegen den Ausbau sei, um «ihr Stadtsaal-Projekt am Bleicheplatz nicht zu gefährden». Diese Aussage ist falsch.

In unserem Weissbuch zum Stadtsaal findet man ein Bild des Garagenprojektes (lange bevor dies öffentlich diskutiert wurde und auch der Stadtrat gemerkt hat, dass dieses Gebäude sich für eine entsprechende Nutzung geradezu aufdrängt) und darunter den Text: «... und hier nun haben unsere Behörden eine Möglichkeit, schnell zu handeln: Eine Musikbeiz in den Stallungen ... liegt ganz im Sinne unserer Idee. Mit mittelgrossen Aufwand könnte dieses Gebäude hergerichtet werden und ... innert Monaten übergeben werden.» Das nun vorliegende Projekt strebt eine breitere Nutzung an durch Volkshochschule, Bühne 70, Behindertengruppe und anderen Möglichkeiten, was ganz unserer Idee eines offenen, vielfältigen Kulturzentrums am Bleicheplatz entspricht. An anderer Stelle im Weissbuch findet sich der Satz «Bestehende Gebäude sollen soweit wie möglich belassen und integriert werden» (S. 13). Aus unserer Sicht gibt es also keine Gründe, den geplanten Umbau abzulehnen.

Wir hoffen aber auch, dass unsere Behörden schnell handeln und den Abstimmungstermin für das Referendum auf den Juni legen. Es liegt im Interesse aller zukünftigen Benützer, dass diese Sache schnell entschieden wird; um so mehr, als ja alle Fakten auf dem Tische liegen und es ausschliesslich um die Stellungnahme der Stimmbürger geht. Ausserdem sind die Abstimmungstermine vom Oktober und Dezember ohnehin stark befrachtet.

Sozialdemokratische Partei
der Stadt Wil

prowil zum Referendum Mehrzweckhaus Sonnenhof

prowil versteht die 14 Referendums-Komitee-Mitglieder, die nicht mit ihrem Namen hinter dem Referendum «Mehrzweckhaus Sonnenhof» stehen. Am Stammtisch lässt sich leicht und unreflektiert «diskutieren».

Um so erstaunlicher der «Mut», den Herr J. Bürge beweist. Als einziger exponiert er sich mit Bild, Namen und Wort als Co-Initiator des Referendumskomitees, das völlig uninformiert und ohne stichhaltige Argumente das Referendum gegen das Mehrzweckhaus ergriffen hat.

Raumsituation: Jede/rn die/der sich mit der Raumsituation in Wil auseinandergesetzt hat, weiss, wie knapp das Angebot an Räumen für Veranstaltungen von Vereinen ist. Für diese Vereine und Institutionen zeichnet sich auch durch den Bau der Stadthalle oder den Kauf des Hofes keine Lösung ab (siehe Planungen!). Das Mehrzweckhaus Sonnenhof bietet sich hier als ideale Lösung an. Entgegen der Ansicht des Referendumskomitees ist die Belegung durch den Verein Kulturlöwen auf 20% der Gesamtkapazität beschränkt. Der Stadtrat ist vom Gemeindeparlament beauftragt worden, Belegung und Organisation zu überwachen. Die restlichen 80% freien Raums stehen Militär, Schule und weiteren Vereinen (Behindertenturnen, Volkshochschule, Bühne 70, FGW etc.) zur regelmässigen Benützung zur Verfügung.

Standort: Die Stadt hat anlässlich einer Kulturlöwen-Veranstaltung (Rockkonzert) im Altersheim Sonnenhof Lärmmessungen durchgeführt. Während Lärmimmissionen aus dem SBB-Areal (Zugsverkehr) vom Messgerät registriert wurden, konnten von den Stallungen keine Lärmbelastigungen festgestellt werden. Im Projekt «Mehrzweckhaus» sind zudem viele bauliche und technische Lärmdämmungsmassnahmen vorgesehen wie Windfang, neue Fenster, Lüftungsanlage etc.

Die Stallungen bleiben laut Stadtratsbeschluss vorläufig stehen. Es bleibt die Wahl, ob im heute unansehnlichen und schlechten Zustand, oder ob zweckmässig und einfach renoviert.

Laut Verkehrsplanung 1980 und vorhandenem Projekt soll im Bereich Stallungen/Bleicheplatz die Haldenstrasse ausgebaut werden (Teilstück der nördl. Kernbedienungsstrasse). Hier also vom «einzigen grossen zusammenhängenden Grundstück der öffentlichen Hand im Zentrum» zu reden, ist absurd. Der Ausbau der Stallungen (mittelfristig als Mehrzweckhaus genutzt) verbaut den Bleicheplatz also keineswegs und präjudiziert auch keine weiteren Verwendungszwecke.

Kulturlöwe: Der Sprecher des Komitees hat – wie man einem Interview entnehmen kann – recht konfuse Vorstellungen vom Verein Kulturlöwe und seinen Mitgliedern: (Zitate)... hinter dem Verein Kulturlöwe steckt eine sehr heterogene Gruppe von Leuten zwischen zwanzig und dreissig bis vierzig Jahren... es riecht jedoch nach einem autonomen Jugendzentrum... demnächst werden die jungen Leute auch ihre berufliche Karriere verfolgen...»

Diese schwammigen Aussagen zeigen, dass das Komitee nicht informiert ist.

Kultur im Vergleich: J. Bürge betont, dass gutgestellte Personen mit einmaligen Investitionen von Fr. 500'000.– subventioniert werden sollen. Neben den ordentlichen Aufwendungen (nicht wenige!) an die Tonhalle zahlen die Wiler Steuerzahler/innen 100'000.– Franken im Jahr ans Betriebsdefizit. Die anderen Fr. 100'000.– zahlen die Ortsbürger. Sind wohl die Besucher der Tonhalle nicht eher gutsituiert als die Mitglieder des Kulturlöwen? Könnte dem Tonhalle-Besucher weisgemacht werden, er solle auf die Tonhalle verzichten und «etwas Geduld haben und sich einem Ganzen unterordnen»?

Gesellschaftspolitische und politische Aspekte: prowil ist einmal mehr entsetzt, wie immer noch mit Minderheiten und Randgruppen umgesprungen wird. Das Komitee befürchtet eine «Anziehung auf die Drogenszene und andere Randgruppen». Zudem machen sie gesellschaftspolitische Gründe für die Ergreifung des Referendums geltend. Was, sehr verehrtes Komitee, ist denn Inhalt von Gesellschaftspolitik? Bieten nicht gerade Projekte wie dieses mögliche Lösungsansätze von Problemen gesellschaftspolitischer Natur? Wird nicht hier eine Anlaufstelle geschaffen, die einerseits Begegnung ermöglicht (Nutzung verschiedener Vereine und Institutionen) und andererseits Ansatzpunkte zur Sozialarbeit bietet? Ist etwa die Schaffung eines permanenten Durchzugs in der Schwertstiege (Entfernung der Flügeltüren) besser geeignet, Drögeler zu heilen? Vogel Strauss lässt grüssen!

Dass das Referendum ergriffen wurde, ist völlig legitim und ein Grundrecht unserer Demokratie. Es wird sich weisen, ob die Wilerinnen und Wiler der Ansicht sind, dass unser Gemeindeparlament am Volk vorbeipolitisiert hat.

Interessieren könnte die Öffentlichkeit zudem:

- Altersstruktur der Unterzeichner/innen des Referendums
- Sammelorte der Unterschriften (Schwerpunkte nach Quartier)
- Mitglieder des Komitees

Leider ist die Argumentation des Komitees billig, absolut nicht stichhaltig und lässt erkennen, dass sich das Komitee nicht informiert hat.